

D-01 Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.11.2023
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Terroristen
- 2 haben auf
- 3 brutale und bislang unvorstellbare Weise weit über tausend Menschen ermordet und
- 4 über 240
- 5 Geiseln genommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terror aufs Schärfste.
- 6 Wir stehen
- 7 nach diesen fürchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger*innen. Wir
- 8 trauern mit den Angehörigen der Opfer. Wir zollen all denen Respekt, die in diesen
- 9 schweren
- 10 Stunden Menschen gerettet, Verwundete versorgt und Hinterbliebene betreut haben.
- 11 Wenn heute,
- 12 75 Jahre nach der Staatsgründung Israels und rund 80 Jahre nach dem Holocaust,
- 13 Jüdinnen und
- 14 Juden in Israel aufs Neue um ihr Überleben und ihre Sicherheit fürchten, dann muss
- 15 Deutschland seine ungeteilte und unverbrüchliche Solidarität mit und Unterstützung für
- 16 Israel und seine Bürger*innen deutlich machen. Israels Sicherheit ist Teil der deutschen
- 17 Staatsräson und Leitmotiv unseres Handelns.
- 18 Diese besondere Beziehung zu Israel begründet sich aus unserer historischen
- 19 Verantwortung.
- 20 Der Staat Israel ist drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet worden,
- 21 nachdem
- 22 das nationalsozialistische Deutschland sechs Millionen Jüdinnen und Juden systematisch
- 23 ermordet hatte. Seitdem bietet Israel eine nationale Heimstätte und einen sicheren
- 24 Hafen für
- 25 das jüdische Volk. Das Existenzrecht Israels ist für uns deshalb genauso unverhandelbar
- wie
- die Sicherheit von Jüdinnen und Juden.
- Israel hat wie jeder andere Staat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich gegen diese
- Angriffe im Rahmen des humanitären Völkerrechts zu verteidigen, und die israelische
- Regierung die Pflicht, ihre Bürger*innen dauerhaft zu schützen. Seit den Terrorangriffen
- vom
7. Oktober führt Israel deshalb Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen. Unter diesem
- Krieg
- leidet die palästinensische Zivilbevölkerung; es sind bereits Tausende Zivilist*innen,
- darunter auch zahlreiche Journalist*innen wie auch Mitarbeiter*innen der UN,
- umgekommen -
- dieses Leiden macht uns tief betroffen, es ist Teil des zynischen Kalküls der Terroristen.
- Die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilder und

versteckt
26 ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Dieses Drehbuch darf nicht
27 aufgehen. Wir setzen uns vehement für die Freilassung aller von der Hamas
verschleppten
28 Geiseln und für humanitäre Pausen ein. Auch der Raketenterror der Hamas und anderer
29 extremistischer Gruppen muss sofort unterbunden werden.
30 In Gaza, wo das Leben bereits vor dem aktuellen Krieg von Armut und
Perspektivlosigkeit
31 geprägt war, ereignet sich eine humanitäre Katastrophe. Den Menschen fehlt es an
32 allem, was
33 es zum Überleben braucht: Wasser, Grundnahrungsmittel, medizinische Hilfe. Viele sind
auf
34 der Flucht. Wir danken den Freiwilligen und Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen,
die
35 ihr Leben riskieren, um Menschen in Not zu versorgen.
36 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Mittel für humanitäre Hilfe für Gaza erhöht
hat.
37 Diese Hilfe gilt es, langfristig fortzuführen und zu intensivieren. Damit sie bei den
38 notleidenden Menschen ankommt, braucht es dauerhaften und sicheren humanitären
Zugang. Dafür
39 sind humanitäre Feuerpausen und Korridore von entscheidender Bedeutung.
40 Die Reaktion Deutschlands, der Europäischen Union und unserer Verbündeten auf
diesen Krieg
41 wird weltweit genau beobachtet. Unser Einsatz für den Schutz aller Zivilist*innen und
das
42 humanitäre Völkerrecht wird gebraucht. Kein Konflikt beschäftigt und spaltet die
Weltgemeinschaft derzeit so wie der in Nahost. Darum schauen unsere engsten
43 Verbündeten
44 genauso wie unsere Partner in Lateinamerika, Afrika und Asien genau darauf, wie wir
uns
45 verhalten. Umso wichtiger ist unser humanitäres Engagement, das auch eine Grundlage
für
46 unsere Zusammenarbeit vor allem mit den Menschen und Staaten im Globalen Süden
und der
47 arabischen Welt ist.
48 Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit
Israels
49 auch für die Zukunft zu garantieren: Dauerhaften Frieden kann es nur auf politischem
Wege
50 geben. Wir setzen uns für eine verhandelte Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage
der
51 Grenzen von 1967 ein, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und
lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Mit
52 der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen jedoch Gewaltakteure, die nie den
Frieden
53 mit Israel gewollt haben, einer politischen Lösung diametral entgegen. Wir werden
unseren

54 Beitrag leisten, dass die Friedensperspektive wieder gestärkt werden kann. Dazu gehört
auch
55 eine klare Verurteilung und Bekämpfung des Terrors gegen Israel durch die
Palästinensische
56 Autonomiebehörde. Der fortdauernde israelische Siedlungsbau und die Siedlergewalt
gegen
57 Palästinenser*innen im Westjordanland sind Hürden für den Frieden. Wir begrüßen die
58 Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für einen
erneuten
59 Friedensprozess einzusetzen.

60 Was die Hamas begonnen hat, wird von der Hisbollah, den Houthis und anderen
regionalen
61 Extremisten verstärkt. Finanzielle, militärische und ideologische Unterstützung
bekommen
62 diese vom iranischen Regime, das die Region destabilisiert und viel Leid über die
63 Bevölkerung im Nahen Osten bringt, einschließlich der Menschen im Iran selbst. Auch
deswegen
64 bekräftigen wir unsere Position, die iranischen Revolutionsgarden, die Hauptstruktur der
65 regionalen Aggression des Regimes wie der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung,
auf die
66 Terrorliste der Europäischen Union zu setzen.

67 Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte
68 Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Auch in
Deutschland
69 erleben antisemitische Hetze und Gewalt einen besorgniserregenden Aufschwung, der
sich auf
70 einigen Demonstrationen sowie in Angriffen auf und Drohungen gegen Jüdinnen und
Juden oder
71 Israelis, ihre Wohnungen, Läden und Einrichtungen zeigt. Dieser Antisemitismus zieht
sich
72 durch alle Teile unserer Gesellschaft und ist nicht vorrangig ein importiertes Phänomen.

73 Fast 80 Jahre nach dem Holocaust gibt es heute vielfältiges jüdisches Leben in
Deutschland,
74 das geschützt werden muss. Jüdinnen und Juden und Israelis müssen frei und sicher in
75 Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion und Identität sichtbar zu
machen.
76 Auch das ist Teil deutscher Staatsräson. Ein Angriff auf Jüdinnen und Juden ist immer
auch
77 ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf die Menschlichkeit.
Dazu
78 gehören auch Kundgebungen, auf denen der Terrorismus der Hamas verherrlicht und
gefeiert
79 wird. Sie haben auf unseren Straßen nichts verloren. Volksverhetzung und Aufrufe zur
Gewalt
80 müssen konsequent unterbunden und zur Rechenschaft gezogen werden.

81 Um dieses Schutzversprechen einzulösen und gegen extremistische oder terroristische
82 Gruppierungen vorzugehen, braucht es gut ausgestattete Sicherheitsbehörden.
Deshalb ist es

83 auch richtig, dass Organisationen, die den Terror der Hamas unterstützen oder
84 verherrlichen,
85 nun konsequent verboten werden. Hetze und Gewalt müssen die volle Härte unseres
86 Rechtsstaats
87 als Antwort haben. Wer aber meint, das Problem des Antisemitismus ließe sich einfach
88 durch
89 mehr Abschiebungen lösen, verkennt, dass sich Antisemitismus durch alle Räume der
90 Gesellschaft zieht. Alle antisemitischen Straftaten und Volksverhetzung müssen
91 selbstverständlich gemäß dem geltenden Recht verfolgt werden und harte
92 Konsequenzen für die
93 Täter*innen haben, bis hin zu Freiheitsentzug oder dem Entzug der
94 Aufenthaltserlaubnis.
95 Diese Möglichkeit besteht längst.
96 Strafrecht alleine reicht aber bei weitem nicht aus. Denn der Kampf gegen den
97 Antisemitismus
98 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Er muss bis in die Mitte der Gesellschaft
99 reichen
100 und dringend auf allen Ebenen verstärkt werden. Er muss sich gegen Antisemitismus
101 jeglicher
102 Art richten – sei es Antisemitismus von rechts, von links oder islamistisch motivierter.
103 Zu
104 diesem Kampf gehören auch eine konsequente Weiterentwicklung der Vermittlung der
105 Lehren der
106 Shoah sowie die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur. Dies muss auch zentraler
107 Bestandteil von Integrationsmaßnahmen sein. Jede*r, der oder die hier lebt, muss die
108 Shoah
109 kennen und die Verantwortung begreifen, die sich daraus für unser Land ergibt.
110 Zivilgesellschaftliche Organisationen, die Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen
Antisemitismus leisten, müssen gestärkt werden. Wir brauchen islamische Verbände
und
Vereine, die strukturell, personell und finanziell in Deutschland verwurzelt sind.
Klar ist: In unserem Land darf es keinen Platz geben für pauschale Vorurteile und
Diskriminierung, selbstverständlich auch gegenüber Muslimen nicht. In Deutschland
leben
zahlreiche Menschen mit familiären, freundschaftlichen und emotionalen Verbindungen
in die
palästinensischen Gebiete und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen in
Gaza und der
ganzen Region, ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land und teilen
wir.
Als Gesellschaft dürfen wir uns gerade in solchen Situationen nicht auseinandertreiben
lassen. Wir müssen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und ein sicheres Leben
für alle
ermöglichen. Demokrat*innen stehen in diesen Zeiten an der Seite Israels, des Friedens
und
gegen Hass und Terror.

Begründung der Dringlichkeit

Das volle Ausmaß der Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober kam erst nach und nach ans Licht. Der daraus folgende Krieg wurde in den Tagen danach deutlich, vor allem mit dem Start der israelischen Bodenoffensive gegen Ende Oktober. Die Auswirkungen auf die innenpolitische Lage in Deutschland wurden im Laufe des Oktobers deutlich, insbesondere mit den Übergriffen bei Demonstrationen und dem Anschlag auf jüdische Einrichtungen in der Woche vom 16. Oktober. Damit ergibt sich eine neue Lage in Nahost sowie Deutschland, und damit eine besondere Dringlichkeit für unsere Reaktion darauf.

Begründung

mündlich